

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig,  
Gedenk & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankfoto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Zweimonatspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Künstler, wöchentlich 1.00 M. Durch die Post bezogen, kostet einschließlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.0.00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Berliner Platz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Berliner Platz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postorte werden die Tagespapiere Preise mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Lieferung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinssanzeigten. Interesse richten Sie spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im vorans zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 67.

Dresden, Donnerstag den 21. März 1918.

29. Jahrg.

## Seefriegsbeute im Februar - Cherson besetzt

Berlin, 20. März. (Amtlich.) Am Monat Februar sind durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte unter Hinzurechnung des in den bisherigen Monatveröffentlichungen noch nicht verzeichneten Teils der vom Hilfskreuzer Wolf erzielten Erfolge insgesamt

680 000 Brutto-Register-Tonnen

des für unsere Feinde nutzbaren Handelsschiffraumes verloren worden. Damit beläuft sich das Gesamtergebnis der Seefahrt seit Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges auf insgesamt

10 270 000 Brutto-Register-Tonnen.

Durch die kriegerischen Maßnahmen der Mittelmächte ist der weiten Feinde zur Verfügung stehende Welt-Handelsschiffraum seit Kriegsbeginn bis zum 31. Januar 1918 um

rund 15 100 000 Brutto-Register-Tonnen

verringert worden. Hiervon entfallen

rund 9 400 000 Brutto-Register-Tonnen

auf die englische Handelsflotte.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

### Kriegsursache und Unterherrschaft.

In der Haushaltskommission des Reichstages und in der allgemeinen Presse ist verucht worden, die Deckschrift des Juristen Lichnowsky, aus der wir heute weitere Abschüsse ableiten, als ein Produkt franko-herzoglicher Freiheit abzutun. Es mag sein, daß der Verger über die erlittenen Verluste und den Widerhall jenes politischen Strebens den Hilfesuch bei der Abfassung seiner Deckschrift geleitet hat. Aber wenn man die Ausführungen des Juristen ruhig prüft, so wird man finden, daß sie sehr viel Bedeutungsvolles enthalten, und gerade wie Sozialdemokratische Presse um so weniger Verantwortung über Lichnowsky's Auffassung leidet hinzugezugehen, als der Jurist vieles bestätigt, was wir gesagt haben. Das ist vor allen Dingen der Fall bei der Beurteilung des österreichisch-serbischen Konflikts, der die unmittelbare Voraussetzung zum Kriegsausbruch war. In den bewegten Sätzen des Jahres 1914 war sich die ganze sozialdemokratische Presse in der Beurteilung des Vorgehens Österreichs gegen Serbien einig, und sie hat verlangt, daß Deutschland von dieser österreichischen Aktion ganz entschieden abrückt. Die deutsche Regierung mag nachher mancherlei getan haben, um einen Ausbruch des Weltkriegs zu verhindern, die Tatfrage, ob es dem unerschöpflichen und provozierenden Ultimatum Österreichs gegen Serbien nicht entgegengetreten ist, wird dadurch nicht aus dem Welt geschafft.

Besonders bemerkenswert ist auch das, was Lichnowsky über die Vorgänge in England sagt. Er wendet sich ganz entweder gegen die Anschauung, daß man in England von vornherein einen Krieg gegen Deutschland gewollt habe. In der deutschen Öffentlichkeit ist es ja von vielen Seiten, besonders in den ersten Monaten des Krieges, so dargestellt worden, als wenn England, getrieben von Reid auf Deutschlands großartige wirtschaftliche Entwicklung, mit auf den gegnerischen Augenblick gelanciert habe, um Deutschland zu überfallen. Das, was Lichnowsky über die Dinge erzählt, macht es wahrscheinlich, daß es weniger der Konkurrenzgeist als die Furcht vor England gewesen ist, die England in den Krieg getrieben hat, wenn auch nicht gelungen werden soll, daß der Weltbewerb, den Deutschlands Handel und Industrie den Engländern auf dem Weltmarkt bereiteten, mit Anlaß zum Entstehen deutschfeindlicher Stimmungen in England geweisen seien mag. Man hat offenbar in England gefürchtet, daß Deutschland nach einer französisch-russischen Niederlage auf ein isoliertes England losfliegen könnte, und da wollte man vorbeugen.

Der Gedanke, daß man in England einen deutschen Angriff fürchtete, wird manchen Leuten in Deutschland merkwürdig vorkommen. Es soll hier nicht bestritten werden, daß es das Ziel des gegenwärtigen Deutschen Kaisers und des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg war, dem deutschen Volke den Frieden zu erhalten.

Wenn man aber trocken im Ausland und besonders in England so wenig Interesse zu Deutschland hätte, so war das begründet in gewissen Eigenarten der deutschen Bevölkerung, wegen die die Sozialdemokratie von jeher angeklagt hat. Es berichtete in England, wie Lichnowsky hervorhebt, daß nicht unbedingt Aufbauung, daß der feindliche Ritter und Kämpfer, die „Amerikaner“, in Deutschland regiere. Niemand kann daran zweifeln, daß tatsächlich Deutschlands Kaiser und Generale einen politischen Einfluß hatten, den man anderweitig nicht kennt, und darin lag auch zweifellos eine große Gefahr. In Deutschland hat der Träger der Krone einen größeren Einfluss auf die politischen Entscheidungen als etwa in England. Die Monarchen sind aber bei uns in erster Reihe Soldaten, und so ist es natürlich, daß bei ihnen der Einfluß der hohen Militärs stark ins Gewicht fällt. Es liegt in der Natur der Sache, daß Militärs geneigt sein werden, auch politische Vorgänge einstieg vom militärischen Gesichtspunkte aus zu betrachten. Sie sind nicht gewohnt, auf die Stimmung der Völker einzutreten, und werden leicht dort schon die in Auhand und mancherlei andere Kriegsgegner im Entente-

wib. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den  
21. März 1918.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:  
Zwischen Dixmude und La Bassée blieb auch gestern die Erfolglosigkeit bestehen. Der Artilleriekampf nahm am Abend bei ausführlichem Wetter an Stärke zu. Auf der übrigen Front steht die Geschäftigkeit nur vorübergehend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:  
Auf dem Südufer der Cite von Stein und in der Champagne war das Artilleriekampf nördlich gezeigt.

### Heeresgruppe Gallwitz:

Der Artilleriekampf von Verdun nahm am Abend große Gestalt an. Bavarische Kompanien übernahmen südwestlich von Verdun in überzeugendem Angriff die ersten feindlichen Linien. Sie stießen bis zur Brücke Schlucht durch, und nahmen einen Bataillonskopf und mehr als 210 Franzosen, darunter 29 Offiziere, gefangen. Westlich von Armentières drang rheinische und niedersächsische Landwehr in die französischen Werke ein und brachte 28 Gefangene zurück.

### Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Auf dem Südufer der Meuse und bei Romeries führten vier erfolgreiche Unternehmen durch. Das Artilleriekampf französischer Artillerie im Parc de Valde hielt an.

In breiten Abschnitten der Westfront ist heute früh die Artilleriekampf mit voller Wucht entbrannt. Österreichisch-ungarische Artillerie hat sich am Kampf gegen Engländer und Franzosen beteiligt.

### Offen:

Heeresgruppe Mackensen:  
Truppen des General der Infanterie Kosch haben in der Meuse die Handels- und Hafenstadt Cherson genommen.  
Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Notwendigkeit des Treibholzfangs für gegeben halten, wo der Politiker, der alle in Betracht kommenden Momente vergnügt abwägen kann, glauben wird, einen Krieg noch vermeiden zu können. Dabei haben wir in Deutschland nicht nur mit den Einflüssen zu rechnen, die der Krieg auf die Denkschrift des hohen Militärs ausüben muss, sondern ein großer Teil unserer leitenden Persönlichkeiten beim Militär wie in der Staatsverwaltung entstammt der Unteroffiziate, der feindlichen mittelalterlichen Tradition noch tief im Blute stehen, einer Schicht, die immer noch mit von dem Glauben an die Allmacht der Gewalt beherrscht wird. Unsere Jäger haben geglückt, mit brutaler Gewalt ihre innerpolitische Herrschaft aufrecht zu erhalten, die Sozialdemokratie unterdrückt, Polen und Dänen germanisiert zu können. Ist es ein Wunder, daß man dieser Kräfte auch im Ausland zutraut, sie sei besonders leicht bereit, zum Schwert zu greifen?

Ein unter Verhalten während des Krieges kann es nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein, wie wir uns zu den Kriegssachen stellen. Es ist nun einmal die Tragik der Völker, daß sie für das bilden müssen, was die Herrschaften gesetzt haben, und ist der Krieg da, so handelt es sich nur darum, das Geiste des eigenen Volkes dabei so günstig wie möglich zu gestalten. Das Schlimmste aber für ein Volk ist Niederlage. Deshalb müssen auch wir Sozialdemokratie so entschlossen für die Landesverteidigung eintreten. Gerade die Erfahrungen des Weltkrieges haben gezeigt, daß der einmal ausgebrochene Krieg in allen Ländern die archten Wehr- und Erwerbsgeist zum Emporsammlen bringt und daß ein besieгtes, mehrloses Land auf seine Thronung rechnen darf, aus welchen Ursachen der Krieg auch immer entstanden sein mag.

Aber wollen wir die Wiederholung eines solchen furchtbaren Weltkrieges vermeiden, dann müssen wir die Urteile zu befehligen suchen, die zu ihm geführt haben. Während des Krieges haben sich die Staatsmänner und Politiker der am Kampfe beteiligten Länder mehr oder minder lebenswidrig die Rechte und Sünden ihrer Regierungen und ihrer Völker vorgenommen. Wir haben gerade nach den Erfahrungen des Krieges keine Veranlassung, zu wünschen, daß englische oder französische Justiz auf Deutschland übertragen werden. Zweifellos hat auch das öffentliche Leben dieser Länder große Schattenseiten. Aber viel wichtiger wie das Erleben der Völker in fremden Augen ist es, daß man nicht nur die Völker, sondern auch die Spalten im eigenen Auge sieht, denn an den Achtern und Schwächen der anderen können wir nichts ändern. So aber bei uns etwas faul ist, da können wir handeln, um zu bessern. Es kommt nicht darauf an, daß einer immer wieder dem andern den guten Rat gibt: Nehre vor deiner eigenen Tür, sondern viel notwendiger ist es, daß jeder tatächlich vor seiner eigenen Tür lebt. Wenn Ausbruch des Krieges hat sicher eine große Reihe von Ursachen mitgewirkt, und es läßt sich jetzt nachträglich nur schwer sagen, ob der Krieg verhindert worden wäre, wenn diese oder jene Ursache wegfallen wäre. Aber eben deshalb müssen wir sorgfältig urteilen, wo Gefahrenmomente gelegen haben, und diese Gefahrenmomente müssen in der Zukunft möglichst beseitigt werden. — Eine der Ursachen, die bei der Entstehung des Kriegs ihre verhängnisvolle Rolle gespielt haben, ist zweifellos der innerpolitische Zustand Deutschlands.

Vorwärts der Kriegszeit ist es, daß Militärs geneigt sein werden, auch politische Vorgänge einstieg vom militärischen Gesichtspunkte aus zu betrachten. Sie sind nicht gewohnt, auf die Stimmung der Völker Rücksicht zu nehmen, und werden leicht dort schon die in Auhand und mancherlei andere Kriegsgegner im Entente-

lager haben sicher einen guten Teil der Schuld am Kriege zu tragen, aber der in Preußen-Deutschland herrschende Halbabsolutismus, der große Einfluss, den die militärische Unterklasse auf unser Staatsleben ausübt hat, war zweifellos geeignet, im Ausland immer neuen Missionen gegen Deutschland zu erwiesen, und daß deutsche Völker hat allen Grund, sich dieser Tatsache bewußt zu werden. Deshalb ist es sicher kein Unglück, daß die Deckschrift Lichnowsky bekannt geworden ist. Mag Lichnowsky in noch so vielen Punkten seiner Ausschreibungen im Unrecht sein, daß deutsche Völker mich sich die richtigen Lebren, die seine Schrift enthält, sehr gründlich merken. Wollen wir verhindern, daß unsere Kinder und Enkel wieder einmal Gut und Blut in einem so furchtbaren Kriege opfern müssen, so haben wir dafür zu sorgen, daß mit der Unterherrschaft in Deutschland recht gründlich aufgeräumt wird. Damit haben wir freilich noch nicht die Sicherheit, daß wir für immer vor einem Kriege bewahrt bleiben, aber wir hätten einen Zustand beseitigt, der eine schwere Gefahr für den Frieden war.

### Kein weicher Friede...

Auf ein Begrüßungstelegramm des in Kiel tagenden Schleswig-Holsteinischen Prävinziallandtages ist eine Antwort des Staifers eingegangen, in der es heißt:

Unser deutsches Schwert hat sich als deutsches Schwert erwiesen. Es wird es bleiben in dem kommenden schwerten, entschiedenen Ringen. Kein weicher Friede, sondern einer, welcher den Interessen Deutschlands entspricht! Das wahr! Hindenburgs Wort macht mich schaue, es taucht bereits in kaiserlichen Telegrammen auf. Bald wird es eingerahmt über nationale Stammthüte hängen — neben anderen Staatsworten, wie: „Uns treibt nicht Eroberungslust...“

Aber es ist schon eine Weile her, als dieses vernünftige Wort geprägt wurde. Damals war Deutschland noch im Osten bedroht — hente hat sich die Kriegslage wesentlich gewandelt. Mit alten Gefahren liegen auch alte Worte und Versprechen über Bord. Wer im Ausland das wunderbare Friedenswerk im Osten betrachtet, muß zu der Überzeugung kommen, daß uns Eroberungslust treibt: uns, das heißt: die in Deutschland herrschenden Schichten und Geister. Und wer im feindlichen Ausland das von Wilhelm II. ankündigte Hindenburgwort hört, den mag die Sorge um sein Land mit neuem Kriegsfeuer erfüllen. Denn „Keine wichen wollen Frieden“ bedeutet selbstverständlich einen harten Frieden. Und die Entente sieht militärisch durchaus nicht so hoffnunglos da, daß sie einen harten Frieden annehmen könnte oder müßte.

Aber wissen wir, wie sie durch obiges Telegramm ausgesprochen werden, mögen in alldem Männerbrüsten wohliges Entzücken erregen, für Volk und Land aber bedeuten sie eine Gefahr. Ihre Wirkung kann nur sein, die Widerstandskraft der gegnerischen Völker aufzufrieren anzustacheln, den Krieg zu verlängern und im Weiteren ein ungeheuerliches Blutbad vorzubereiten. Die deutschen Volksmassen aber fehnern nach nicht einem harten, sondern nach einem holdigen und dauernden Frieden, denn ein harter Friede — wenn er militärisch überwältigt zu ergrappten wäre — könnte sich nicht einmal am härtesten an Deutschland rütteln.

Das deutsche Volk treibt auch heute nicht Eroberungslust, und wo sie sich an höchsten Stellen so hervorragt wie in obigem Falle, sollte ihr die Reichstagsmehrheit umgehend eine scharfe Abseige erteilen.

### Aus der Deckschrift Lichnowsky.

Aus der Schrift Lichnowsky lassen wir noch folgende Abschnitte folgen:

#### Sir Edward Grey.

Sir Edward Grey's Einfluss war in allen Begegnen der auswärtigen Politik höchst unbedeutend. Nur sagte er bei wichtigen Anlässen: „I must live being it before the cabinet“ (Ich muß das erst im Ministerrat vorbringen), doch schloß sich dieser keinen Aussichten regelmäßig an. Seine Autorität war unbestritten.

Aus einer alten, im Norden Englands begangenen Familiestammtafel, die bereits von bekannten Staatsmannen Grey geleitet wurde, erfuhr dem alten Adel seiner Vorfahren, daß er mit Sozialisten und Pazifistern. Man kann ihn einen Sozialisten im idealen Sinne nennen, denn er überzeugt die Theorie und aus seinem Weltall, das sich durch die große Einsicht und Ausdrucksfähigkeit auszeichnet, obwohl er über teilweise Mittel verfügt. Diese Neigung hat ihn fern. Er hatte in London nur ein kleines Abstellquartier, gab niemals Diner, außer dem einen malischen im Facultät Office (Auswärtigen Amt) zu Königs Geburtstag. Wenn er ausnahmsweise einige Gäste bei sich sah, so war es zu einem einfachen Essen oder ähnlich in ganz kleinem Kreise und mit weiblicher Bedienung. Auch wird er große Freigäste und Freunde.

Die Einsicht und Lautstärke seines Redens beschreibt ihn auch die Achtung seiner Begleiter, die nicht auf dem Gebiete der Interessen als der auswärtigen Politik zu tun haben. Augen und Ohren sind ihm gleichmäßig fern.

So steht der Raum aus, der als Eigen-Straß und als Ansicht des Weltkrieges beschreibt wird.

### Englische Kriegserklärung.

Noch immer sammt Sir Edward Grey nach neuen Auswegen. Am 1. August vormittags kam Sir H. Izell zu mir, um zu fordern, sein Chef hoffe noch immer, einen Kriegsweg zu finden. Ob sehr neutral



größte hat geplant, daß nun eine neue fegendeide Aera für Industrie und auch für Europa kommen würde. Es ist nicht nur mit diesen Gedanken der Neuberufung der Regierung durch die Sozialdemokratie, da es unter solchen Verhältnissen ausgeschlossen ist, etwas Bedeckliches aufzubauen. Es war nicht ein Glück, sondern ein schiefes Unglück für den Sozialismus, daß er in einem Augenblick zur Reaktion kam, wo alles zusammengebrochen am Boden lag. So sehr darüberlegt, ist es eine böse Erfahrung, die man übersteigt. So ist es gekommen, daß die Bolschewiki nicht imstande waren, die Verhältnisse im Ausland zu beherrschen. Wenn es mit der Industrie gelungen ist, einen guten, demokratischen Frieden zu schließen, so hätte dies doch auch mit der Petersburger Regierung möglich sein sollen. Das ist dazu nicht gekommen, obwohl durch diese Seiten schaut. Von beiden Parteien ist zu weisende Verhandlungen aufgestellt worden; von den Deutschen wurde, daß sie am 2. Februar 1917 plötzlich erklärt, die Räuber hätten schon die Unabhängigkeit erlangt, während die Russen die Rücknahme der letzten Gebiete durch die deutschen Truppen forderten. Die russischen Unterhändler haben sich aus der Sache nicht gewünscht gemacht; sie liehen sich von der großen Illusion leiten, daß während der Friedensverhandlungen auch in Deutschland die Revolution ausbreiten würde. Die deutschen Sozialdemokraten haben immer auf dem Standpunkt gesessen, daß die Arbeitnehmer aller Länder sich zusammenfinden sollten, um diesem Völkermarkt ein Ende zu machen. Diese Vertreter haben in Stockholm vergleichlich auf die englischen und französischen Sozialisten gewartet. Deshalb war es eine kalte Enttäuschung, daß es in Deutschland zur Revolution kommen würde, wenn nicht auch eine gleichzeitige Erziehung der Arbeiterschaft in den anderen Ländern erfolgte. Wie konnten einen solchen Schritt nicht nur ohne unser eigenes Land zugrunde zu richten. Das Beste Beispiel dafür ist Russland selbst. Die Regierung der Bolschewiki hat den Sozialismus nur geschafft. Wie ist sie selbst mit dem von ihr proklamierten freien Selbstbestimmungsrecht des Volkes umgegangen? Sie hat die Konkurrenten mit Waffengewalt auszuradieren gezeigt, andere Parteiführer sind bestimmt geworden und so damit die Methoden des Zarismus zu eignen gemacht. Auf diese Weise haben die Bolschewiki den deutschen Militärtat bestellt in die Hände gegeben.

#### **Die diplomatische Nüchternheit hat versagt vor der militärischen Auflösung.**

Wie stark ist der alldeutsche Einschlag. Zwei gewaltige Streitungen geben in letzter Zeit durch unser Volk. Auf der einen Seite die militärische Anschauung, die hauptsächlich durch die Kriegsministerpartei verfolgt wird, und auf der anderen die Anschauung der bürgerlichen Welt von einer Verständigung der Völker. Was nach 1866 zwischen Bismarck und der militärischen Oberleitung abgespielt, wiederholte sich jetzt in viel größerem Umfang zwischen Militärmarsch und den Anschauungen der Kriegsministerpartei des Reichstages, insbesondere der Sozialdemokratie. Beider ist der militärische Geist nicht in den Friedensvertrag mit Russland zu sehr hineingearbeitet worden. Auf diese Weise werden wir eben keinen guten Nachkampf bekommen.

Möglicherweise kommt noch ein besseres Verhältnis mit den Engländern zustande, aber nur dann, wenn auf Erwerbungs- und Eingangsbedenken wirklich verzichtet wird. Will man es nämlich in monetärer Weise über sein Schild zu entscheiden, ein unabhängiger Staat unter Anerkennung an das Deutsche Reich zu werden. Beider mögen sich militärische Mächte geladen, eine Scheide zwischen Deutschland und Italien zu errichten. Noch viel weiter liegen die Dinge, soweit Russland in Verdruck kommt. Die Engländer im Osten stehen also noch immer fragwürdig.

Wir Sozialdemokraten haben uns dafür eingesetzt, daß eine gelehrte Einwidderung der Räuberherrschaft gewährleistet werde. Will man es mit Gewalt an das Deutsche Reich angliedern und sie unter die reichsähnliche Räuberherrschaft bringen, dann wird es etwas Gutes bedeuten, dann ist es auch unmöglich, daß sich Russland mit diesen Dingen abfindet. Die Sozialdemokratie wird alles anstreben, um dies aus der Falle von Treitschke zum Verständigungskrieg zu verhindern. Im Westen stehen wir vor unvorstellbaren Gefahren. Die Sozialdemokratie hat auf den Reichsanglern eingewilligt, eine Erklärung auf welcher Grundlage Handelungen mit den Gegnern möglich seien, um das neue Blutergießen zu verhindern. Die deutschen Erwerbungspolitiker sind aber auch hier unfehlbar am Punkt. Aber das Verhängnis in diesem Weltkriege ist es ja, daß die

#### **Schuld auf beiden Seiten**

Ist auf der anderen Seite dann von einem Friedenswillen leider nicht gesprochen werden. Der Hah und das Mäher auf jener Seite ist noch so groß wie der Glaube, daß man den Sieg noch über Deutschland erringen und daß man die Erwerbungen, die dort gemacht worden sind, festhalten kann. Clemenceau hält noch immer die Forderung auf Rückgabe von Elsass-Lothringen fest. Mit welcher Spannung und Brutalität die Entente jetzt noch den Krieg zu führen ist, zeigt das Vorgehen gegen das neutrale Holland. Es befindet sich Deutschland im Westen noch immer im Zustand der Erstürmung gegen eine große Nebermacht. Das Verhältnis der Einwohner in London und Paris hat eine große Erhöhung im letzten Jahr erreicht und so kommt es auch, daß die Anschauungen der Kriegsministerpartei einen verhältnismäßig großen Anhang gefunden haben. Die Sozialdemokratie darf sich aber davon nicht beeinflussen lassen, in der Erkenntnis, daß nur der Verständigungskrieg die beste Zukunft gewährleistet.

Die Sozialdemokratie hat in diesen verantworteten Tagen keinen leichten Stand. Den Rat, eine

#### **Politik des Protestes und der Schelte**

einzuholen, weil es nicht geht, wie wir wollen, können wir nicht begleiten. Der Weltkrieg ist ein großes Unglück für alle Völker, da dürfen wir nicht beteiligt stehen, sondern müssen bestehen und helfen, soweit es geht. (Quelle: Durchschau!)

#### **Die Sozialdemokratie genießt das Vertrauen der großen Massen**

des Volkes. Die jüngsten Wahlen haben es bewiesen. (Lebhafte Beifall)

Wir geben einer schweren Zeit entgegen! Wenn die Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Kapitalismus, der sich im Kriege überfüllt hat, nicht angrenzen will, muß sie wieder einmal werden! (Sturmchor) (Ziel richtig!) Sorgen wir dafür, daß uns der Weg aus diesen schwierigen Tagen wieder aufwärts führt aus Nacht zum Licht! (Tumultuöser, langanhaltender Beifall.)

Der zweite Redner des Abends, Genosse Reichsabgeordnete, sprach über:

#### **Sozialpolitik und Übergangswirtschaft.**

Er beruhte, daß das höchste Gut einer Nation, die Arbeitskraft, das wichtigste Gebilde der Schwere bedürfe. Wenn der Krieg brendet sei werde, habe man die Zeit vor 1914 nicht besser. Noch viele Phasen der Rote und Entscheidungen würden durchlaufen sein, wenn auch der Höhepunkt dann überschritten sei. Der Krieg werde um so leichter sein, je mehr die Friedensunterhändler die Rechte der anderen Völker verletzten. Bei uns wären es dann die Kräfte auf sozialpolitischem Gebiete, welche aufgewogen zu sein. Die Wünsche der körperlich und geistig arbeitenden Bevölkerung, auf deren Tätigkeit die Entwicklung und Zukunft des Landes liegt, dürfen nicht unberücksichtigt bleiben. Wir haben vor

dem Kriege kritisiert,

sollte am Guten um des Besseren willen, und dadurch beigetragen, daß wir den Frieden ein Stück mit vorwärts gerufen haben und daß das Interesse am politischen Leben wach. Es elementare Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiete nach dem Kriege ist ein

#### **uneingeschränktes Vereinigungsgesetz.**

Hinzu auch mit dem Paragraphen 153 der Gewerbeordnung. Nach dieser wird ein großer Raum in die beruflichen und politischen Organisationen einzutreten, weil der Krieg hunderttausende von Mittelpunkten in das Proletariat zurückgeschleudert hat. Weitere sozial-politische Fortschritte seien der Ausbau des Arbeiterschutzes,

Einführung der Arbeitsförderung, Anpassung der Arbeitszeit an die Produktion, Abschaffung der Arbeitslosenversicherung und Errichtung von Arbeitsamtern. Siehe auch der Staat im eigenen Interesse durchführen. (Quelle: Schenkel) (Hilfsdienstgesetz) Auch 1914 während des Krieges sind sozial-politische Fortschritte erzielt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten! Die Erklärung der Gewerkschaften als politische Vereinigung erzielte wieder: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

Die Gewerkschaften sind von der Arbeiterschaft unterstützt worden: die Herauslösung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre für die ältere, Einführung der Kinderrente aus der Rente; Verkürzung, gleichartige Gestaltung der Wochenrenten!

&lt;p

## Nährmittel-Verteilung.

§ 1. Von den für die Stadt Dresden auf die Zeit vom 17. März bis 19. April 1918 ausgegebenen Nährmittelkarten werden beliebt:

a)	Abschnitt I der gelben Nährmittelkarte A mit 1 Pfund Kindergartenmehl
b)	1 roten : B : 1/2 Suppen
c)	1 grünen : C : 1/4 Teigwaren
d)	1 blauen : D : 1/2

§ 2. Die Anmeldung der Abschnitte in einem Kleinhändlergeschäft hat am 21. oder 22. März 1918 zu erfolgen.

§ 3. Die Geschäftsinhaber haben die Abschnitte getrennt nach der Art der Karton (A oder B oder C oder D) in die Kästen einzutragen, getrennt aufzurichten und absonder getrennt, in Paketen zu 100 Stück verpackt, die Pakete mit Firmenanschrift oder aufdruck versehen, der zufolge diesen Meldestelle am 23. oder 25. März 1918 abzugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

§ 4. Wer gesäßtliche Abschnitte oder solche mit anderer Bezeichnung einreicht oder unsichere Angaben über die Zahl der eingereichten Abschnitte macht, hat strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen.

§ 5. Als Meldestellen sind eingerichtet:

a) für Abschnitt I der gelben und roten Nährmittelkarte A und B

b) für Großbetriebe des Kleinhändels (Konsumvereine, Einkaufsvereine),

c) für Geschäfte, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhändler m. b. H. in Dresden sind,

d) für Geschäfte, die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwaren- und Produktionshändler in Dresden sind,

die wiederholt bekanntgegebenen Stellen,

e) für Geschäfte, die weder unter a, noch unter b und c fallen, die Firmen:

Michael Thiemann, Kämmereistraße 1

Otto Kornmann, Kämmereistraße 29

A. M. Schmidt & Co., Neumarkt 12

Richard König Nachf., Höhrlhofstraße 14

Julius Weiß, Königsstraße 9

Adolf Schreiber, Königsstraße 10

F. August Hertel, Ostra-Allee 23

Ernst Neisse, Schumannstraße 82

2. für Abschnitt I der grünen und blauen Nährmittelkarte C und D

a) für Großbetriebe des Kleinhändels (Konsumvereine, Einkaufsvereine),

b) für Geschäfte, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhändler m. b. H. in Dresden sind,

c) für Geschäfte, die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwaren- und Produktionshändler in Dresden sind,

die wiederholt bekanntgegebenen Stellen,

d) für Geschäfte, die weder unter a, noch unter b und c fallen, die Firmen:

Wachs & Höhner, Wallstraße 4

Pramann & Co., Königsstraße 8

Roßla & Baldamus, Kleine Poststraße 8

Werdig & Wiedler, Leipziger Straße 72

Wolfr. Hennig & Co., Ostra-Allee 29

Mag. Leipert, Försterstraße 19

§ 6. Die Kleinhändlergeschäfte und Meldestellen haben insbesondere darauf zu achten, daß sie den Abschnitt I der Nährmittelkarte und diesen auch nur dann beliefern, wenn er mit dem Aufdruck "Stadt Dresden" versehen ist.

§ 7. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 28. März 1918 erfolgen, währendfalls sich der Kleinhändler strafbar macht.

§ 8. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 75 Pf. für ein Pfund Kindergartenmehl, 35 Pf. für 1/2 Pfund Kleingeschäfte, 40 Pf. für ein Pfund Morgenrot, bei Lebkuchen für Bäckware aus 75 g einem Pfund 62 Pf. für ein Pfund Lebkuchen, 60 Pf. für ein Pfund Schnittubeln und Suppentee, 58 Pf. für ein Pfund Lebkuchenbruch, für Bäckware aus Mehl mehr 88 Pf. für ein Pfund Lebkuchen, 82 Pf. für ein Pfund Schnittubeln und Suppentee, 80 Pf. für ein Pfund Lebkuchenbruch.

§ 9. Die Abrechnung mit den Meldestellen liegt der Warenverteilungsgesellschaft, hier, Bauplatzstraße 15, S. ob.

§ 10. Zwischenhandlungen werden nach der Bundesratseverordnung vom 25. September 1917 bestraft.

Dresden, am 20. März 1918.

Der Rat zu Dresden.

## Großd. Verein • 6. Kreis.

Sonntag den 24. März, nachmittags 3 1/2 Uhr

## Außerord. General-Versammlung

im Felsenkeller, Dresden-Plauen.

Tages-Ordnung:

### Neuregelung der Beitragspflicht. Sozialdemokratie u. Friedensverträge

Referent: Reichstagabgeordneter Dr. Grädnauer.

Genossinnen und Genossen! Erscheint zahlreich in der Versammlung!

Mitgliedsbücher sind am Saaleingange vorzuzeigen.

8453

**SARRASANI**

Freitag den 22. März:

75.

Aufführung

TORPEDO--LOS!

Ausserdem: Kismet oder Delaunes geheimnisvolle Flucht aus der Kiste. Herr und Frau Blässing, Deutschen voneinander Kraftkünstler. Leo und Conrad, die einzigartigen Akrobaten, Dalmatinische Reiter. Das urkom. Amsteureiten. Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen, nachm. 3 Uhr, Sonnabende abends 7 1/2 Uhr, Sonnaga abends 7 Uhr. Vorverkauf: Residenz-Kaufhaus.

Sarrasani-Trocadero (Dir.: Paul Arlt)  
7 bis 11 1/2 Uhr: Stimmungs-Abende.

Halt! Gestelliger Kunstgenuss! Halt!

Morgen Freitag von 8 Uhr an

## Gr. Militär-Konzert

der Kapelle des 1. Inf.-Regts. des Schles.-Reg. Nr. 108 unter pers. Leitung des fäl. Kapellmeisters Helsig

## in der Zentralhalle

Eintritt 50 Pfennig. [B3403]

Jeder kommt! Hochstes Programm!

[B3403]

Donnerstag den 21. März 1918

## Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

41. Sitzung. Mittwoch, 20. März, mittags 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die  
Reform der Ersten Kammer.

Die Debatte eröffnet.

Abg. Ritschke (notl.): Der Entwurf bedeutet für uns eine Enttäuschung. Aus seinem Inhalt ist das Vorhaben erstaunlich, eine Politisierung der Ersten Kammer zu vermeiden, man hat aber nichts dagegen, daß durch nicht wesentliche Änderungen in der Zusammensetzung dieser Kammer die bürgerliche Politik, wie sie in der Ersten Kammer betrieben werden soll, beibehalten wird, obwohl es doch sehr oft auch gegen die Regierung gerichtet hat. Die hat sich aber damit abgefunden, weil sie im Grunde ihrer Seele dennoch politischen Anschauungen hält. In einem industriellen Lande wie Sachsen ist eine direkt politisch orientierte Regierung als ein Widerspruch zu bezeichnen. Die Regierung stellt sich dar als ein Soldatenkrieg zwischen zwei Parteien, die zusammenarbeiten müssen, auch zwischen Thron und Volk.

Der große und ganzen bleibt alles beim alten! Kein einziger Schritt wird bezeichnet, dessen Beseitigung mit für wünschenswert befunden haben. Die Reform müßte aber so geplant werden, daß dadurch alle möglichen Elemente aufgeweckt werden. Die Regierung will eine Radikalierung der Zweiten Kammer verhindern, im Wirklichkeit fordert sie aber eine solche durch ihr Verhalten. (Sehr richtig!) Seine politischen Freunde hielten am Zweiten Kammerystem fest. Die Regierung trogt die Schuld, wenn durch ihre Zurückhaltung der soziale und politische Spannungszustand einen solchen Grad erreicht hat, daß die radikalen Elemente die Oberhand gewinnen. Die jetzige Regierung werde in der Geschichte einmal

die Regierung der verpaßten Gelegenheiten genannt werden. (Sehr richtig!) Wir lehnen die Herrschaft der Konservativen ab, wir wollen aber auch nichts von einer Herrschaft der Blaupfeile wünschen und ebenjemand etwas von einer Herrschaft der alles gleichmachenden Demokratie. Wir verlangen das Zusammenwirken aller Tüchtigen im Staat! Das ist zu erreichen durch eine entsprechende Zusammenfassung der gesetzgebenden Körperchaften. Das Moment zur Aenderung des Wahlrechts zur Zweiten Kammer wird, wie der Minister gesagt hat, nicht bloß auch mal kommen, sondern es ist schon da! (Sehr richtig!) Das Ziel ist auch zu erreichen durch eine entsprechende Zusammenfassung der Ersten Kammer. Wir bilden uns gewiß nicht ein, etablierte Menschen zu sein, aber auch in der Ersten Kammer führen bloß Menschen aus Fleisch und Blut, mit allen ihren Vorzügen und Schwächen! Arbeitet! Sehr richtig! Jazu: Auch Herr Wahl!

Wenn drüber in der Ersten Kammer gejagt werden ist, daß die Vertreter des ländlichen Großgrundbesitzes in der Ersten Kammer keine Vertreter der Landwirtschaft seien, so ist das

ein Spiel mit Worten.

Das nicht ernst genommen werden kann. Der mittlere und kleinere Grundbesitz wird allerdings ebenso stützmärtig behandelt wie Industrie und Handel. Die Erste Kammer legt anscheinend mehr Wert auf die Siedlung, als auf ihre Zusammensetzung. Dafür sie mit ihrer Stellungnahme nicht weitergegangen ist, als die Regierung mit ihrer Vorlage, kann eigentlich kaum verwundern, naja sollte sie auch pädagogisch sein als der Papst. Lebhaftes. Sehr richtig!

Wir halten fest an unserer Forderung, daß Industrie und Handel ein verfassungsmäßiges Recht auf eine Vertretung in der Ersten Kammer haben, und zwar in der gleichen Stärke wie der ländliche Grundbesitz und durch Wahl. Im Laufe seiner weiteren Ausführungen wendet sich der Redner scharf gegen die Ausschreibungen des Verlagsbuchhändlers Drohhaus, dessen Berufung als Vertreter von Handel und Industrie in die Erste Kammer er unter dem Beifall seiner Parteifreunde als einen Missgriff bezeichnete, und gegen gewisse Neuerungen des Geheimrats Wodtke. Wir sind — so erklärte er am Schluß — bereit, in weitgehendem Maße den beurkundeten Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen. Die Regierung sollte auch und dafür sorgen, daß Pfarrer und Türen weit geöffnet werden, damit Platz werde für eine bessere, grüne Zeit, für Licht und Sonnenchein! Die von uns geforderte Entwicklung der Verhältnisse läßt sich nicht aufhalten, und die Regierung ist nur dazu, die diese Entwicklung nicht über sich hinwegzutragen. (Wiederholte und in der Mitte.)

Abg. Dr. Roth (Vorstand. Vp.): In der Beurteilung des Defekts stimmen wir mit dem Vorredner durchaus überein. Was hier nur Fortschritt geboten wird, ist herziglich wenig.

Die ganze Reform ist ungünstig und selbst reformbedürftig! Wenn wir auch heute noch dem Einflammertholtem gegenüber dem Hochleistungssystem den Vorzug geben, so wollen wir uns doch mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Regierung und der Ersten Kammer sowie die Anschauung der Mehrheit dieses Hauses damit begnügen, daß Erreichbare mit zu erreichen und auf eine neuzeitliche Ausgestaltung der Ersten Kammer hinzuarbeiten. Wir möchten, daß unter Paritätsbildung des großagrarischen und feudalen Einflusses allen großen Verursagern — auch der Arbeiterschaft — unter Wahrung der Parität eine größere Vertretung in der Ersten Kammer eingeräumt werde. Die sachliche Regierung sollte sich das Vorhaben der preußischen Regierung, die als Vennenträgerin eines freien Gesetzes gegen eine reaktionäre Mehrheit vorgelagert, zum Vorbilde nehmen; sie hätte es leichter als diese, eine freiheitliche Neuordnung herbeizuführen, wenn sie nur wollte. Es fehlt ihr am guten Willen! (Beifall.)

Vizepräsident Grässendorf (Sos.):

Die sachliche Regierung hat mit der Vorlage dem Volksempfinden und Volksinteresse entgegengetan. Die Vorlage hat nicht bloß in den Kreisen der Arbeiterschaft den größten Unwillen erzeugt, sondern auch in den Kreisen von Handel und Industrie, und auch bei unserem Bauernthum. In der Beurteilung wird die Vorlage als

eine Brüderlichkeit des Volkes

in heutiger Zeit empfunden, sie ist diffiniert von Mißtrauen gegen die Arbeiterschaft, Industrie und Bauernschaft. Der Liberalismus bekommt eine Absehung der Regierung solidarisch. Die Sozialdemokratie kann von dieser Vorlage nichts überzeugt werden, sie weiß, daß sie von der Regierung Bedrohung nichts zu erwarten hat und wird daraus ihre Konsequenzen ziehen. Der Rest der Regierung findet seinen klaffenden Ausdruck in dieser Vorlage und in der Verhinderung der Ersten Kammer durch den Minister.

Wir sind wie der Meinung, daß mit der Vorlage zunächst auch die Frage des Landtagswahlrechts mit erledigt werden müßte. Nur dann hätte die Sache einen Sinn! Wie sehen die Vorgänge in Preußen, dort wird die Sache auf um 100 handeln. Wenn auch dort das Herrenhaus beibehalten werden soll,

so ist doch auch die Einführung eines demokratischen Wahlrechts gewünscht. Die Vorlage macht sich von vorsichtshalber Ueberlegungen nicht frei, sieht wenn sie keinen realen Boden mehr haben! Das zeigen die vorgetragenen Vertretungen der Standesherrschäften Königgrätz und Neiberndorf, die selbst von den Konservativen aufgegeben worden sind. Die Regierung stemmt sich der Entwicklung in noch grüßtem Maße entgegen als die Konservativen. Das, was die Regierung Industrie und Handel zubilligt, ist weiter nichts als

ein Almosen.

Man will auch Arbeiterversetzer als Abgeordnete vereinen! Ja, ist denn die Regierung von allen guten Geistern verlassen? Ich habe nicht befann, daß solche Versetzung den schärfsten Widerstand in der Arbeiterschaft verborgen haben und herauszuholen müßten! Welche Freiheit sollen das sein, die sich zu Abgeordneten ernennen lassen? Soll die Arbeiterversetzer in der Ersten Kammer vertreten sein, so kann dies nur auf Grund von Wahlen geschehen. Die Besetzung von der Nominierung muß von uns unter allen Umständen abgelehnt werden. Durch solche Ernennungen wird nur der Kontakt zwischen Arbeiterschaft und Regierung und Arbeiterschaft und Krone verloren. Nur solche

Konsultationen von Arbeiterversettern

müssen wir bestens danken. Die Arbeiterversetzer werden solche Ernennungen ablehnen. Sollen wir die Vorlage als Abschlagszahlung betrachten, dann müßte die Zahl festgelegt werden und auch ihre Wahl. Die Wahlen auf Lebenszeit müssen wir entschieden ablehnen, sie führen zur politischen Korruption!

Die Regierung hat durch die Vorlage ihr Verhältnis zum Volke und auch zu den Parteien nicht gehebelt; wenn sie das beabsichtigt hätte, hätte sie andere Vorschläge machen müssen. Die Regierung will aber ein notorisches Unrecht weiter festsetzen lassen und funktionieren. Dadurch wird dem Volke erneute Mängel auferlegt. Das mag erneute Mängel erzeugen nicht bloß gegen die Regierung, sondern auch gegen die Krone. Wir lehnen also die Vorlage nicht ab, um die Frage überhaupt im Hals zu halten; kommt somit kein wesentlicher aus der Deputation wieder zu zurück wie sie ihm geht, dann werden wir unsere Zustimmung versagen. (Beifall) bei den Soz.

Abg. Schmidt (konf.): Vermag in die schlechte Beurteilung des Defekts durch den Vorredner nicht allenthalben einzutreten. Die Vorlage entspricht unseren Ansprüchen insofern, als die Rechte der Ersten Kammer nicht geschmälert werden sollen. Auch wir wollen keine Umgestaltung, sondern nur eine Zusammensetzung der Ersten Kammer, wie sie den jetzigen Verhältnissen entspricht. Der Streit um die Erneuerung des Sitzes der Vertreter der Technischen Hochschule muß allerdings nicht wie ein Streit unter erschöpfenden Menschen an. (Sehr gut!) Der Redner erklärt dann, daß seine politischen Freunde nach wie vor gegen die Verhinderung der Sitzes der Kollegialität zu Würzen und Bleichen und der Standesherrschäften zu Widerspruch und Abwehr stehen; und den Widerstand der Regierung hiergegen unverändert finden; für Wünsche auch eine volle Parität zwischen den Berufshändlern in Sachsen bezüglich der Vertretung in der Ersten Kammer und macht nach dieser Richtung noch keinen Wehrung gezeigt. Daß er die Befürmung, daß die Herren auf Lebenszeit gezielt gewählt werden, nähme er keinen Anstoß, denn er wolle nicht, daß das Moment der Unruhe in die Erste Kammer hineingetragen werde. (Beifall recht.)

Abg. Fleischer (Unabh. Soz.): Man muss das Gefühl haben, daß hier wieder nur Siphussarbeit geleistet wird. Nach dem Vorwurfsgegnern müßte man alle Hoffnungen aufgeben, daß die Erneuerung eines wesentlichen Führers auf parlamentarischem Wege überhaupt möglich ist. Daß die Herren in der Ersten Kammer nicht den Amt abdrängen wollen, auf dem sie sitzen, ist deßwegen, aber schon vom rein technisch-parlamentarischen Gesichtspunkt ist das Zusammensetzen eines durchaus überlebensfähigen. Vom sozialdemokratischen Standpunkt kann es sich nicht um eine Reform, sondern nur um eine Befreiung der Ersten Kammer handeln, um so mehr, als man zu einer nennenswerten Reform überhaupt nicht kommen werde, da die hierzu erforderliche Zustimmung der Ersten Kammer nie zu erreichen sein werde. Es sei charakteristisch, daß die Erste Kammer der Vorlage unverändert zugestimmt hat. Damit ist der Stab über dieses Reformwerk gebrochen. Bei einer Reform, daß es sich nicht bloß darum handelt, eine andere Zusammensetzung der Ersten Kammer herzustellen, sondern es müssen auch deren Verhältnisse wesentlich eingeschärfzt werden mit dem Ziele, der Ersten Kammer den überzeugenden Einfluß zu nehmen, den sie jahrs Schaden der breiten Volksmassen bringt und auch ausübt hat. Von den Beratungen in der Erneuerung derputation dürfen man sich nicht viel versprechen; sie habe sich doch bereits festgelegt und es dürfte wohl angenommen werden, daß sie mit Rücksicht auf die Beschlüsse der Ersten Kammer von ihrem Standpunkt wesentlich abweichen wird. Eine Vermittlung zwischen den beiden Faktoren erscheint ausgeschlossen, es sei denn, die Erneuerungsdeputation werde alle ihre Beschlüsse über den haushalt. Daß die Herren in der Ersten Kammer aber noch schnell nachgeben werden, sei wohl doch nicht zu erwarten. Das müsse jedoch geschehen, damit dem Volke gezeigt wird, daß es unter diesen Verhältnissen nichts zu erwarten hat. Warum habe es auch in der Ersten Kammer eine Opposition der Oberbürgermeister gegeben, aber sie führt auch danach aus!

Die Erste Kammer sei eine ausgesprochene Interessenvertretung wie ihre Beschlüsse zum Kohlengefecht beweisen. Die Grundbesitzerrechte wurden von ihr in der zügl. Sitzung des Reichstages gefordert. Stimme die Erste Kammer dem nicht zu, dann sei auch dieses Gesetz gefährdet. Das sei die fruchtbarste Tätigkeit der Ersten Kammer, von der der Minister gesprochen hat. Die Erste Kammer sei gegen jede soziale und politische Entwicklung, die überzeugend ist. Der Abg. Ritschke: Sie drehen ja alles um! Nun ich will Sie nicht weiter belästigen. (Hörtetet. Abg. Ritschke: Dann müssen Sie bei der Wahlrechtsfrage auf Ihre Wahrheitbleiben!) Die Liberalisierung der Zweiten Kammer sollte nicht Regierungsziel sein. Der Minister verteidigt dann in längeren Ausführungen die Vorlage mit dem Hinzuflügen, daß wenn jetzt eine Einigung zustande komme, die Lösung der Frage wieder auf hohe Spannung erhöht werden. Er empfiehlt deshalb beiden Kammern, sich schon jetzt einander etwas zu nähern, und sich nicht auf den Standpunkt des Biegens oder Brechens zu stellen. Die Frage werde übrigens zu keiner Nachfrage ausgewachsen. Das Volk bringe ihr viel zu wenig Verständnis entgegen! (Hörtet. hörtet!) Abg. Dr. Senfert (notl.): bedauert das sozialrechtliche Verhältnis der beiden Kammern zu einander, bezeichnet den Geist, der in der Ersten Kammer herrscht, als den von der Vorherrschaft des konservativen Mechanismus, hofft aber doch, daß die Reform der Ersten Kammer nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer durchgeführt werde.

Abg. Ritschke (Sos.):

Die sachliche Regierung hat mit der Vorlage dem Volksempfinden und Volksinteresse entgegengetan. Die Vorlage hat nicht

bloß in den Kreisen der Arbeiterschaft den größten Unwillen erzeugt, sondern auch in den Kreisen von Handel und Industrie, und auch bei unserem Bauernthum. In der Beurteilung wird die Vorlage als

eine Brüderlichkeit des Volkes

in heutiger Zeit empfunden, sie ist diffiniert von Mißtrauen gegen die Arbeiterschaft, Industrie und Bauernschaft. Der Liberalismus bekommt eine Absehung der Regierung solidarisch. Die Sozialdemokratie kann von dieser Vorlage nichts überzeugt werden, sie weiß, daß sie von der Regierung Bedrohung nichts zu erwarten hat und wird daraus ihre Konsequenzen ziehen. Der Rest der Regierung findet seinen klaffenden Ausdruck in dieser Vorlage und in der Verhinderung der Ersten Kammer durch den Minister.

Wir sind wie der Meinung, daß mit der Vorlage zunächst auch die Frage des Landtagswahlrechts mit erledigt werden müßte. Nur dann hätte die Sache einen Sinn!

Wie sehen die Vorgänge in Preußen, dort wird die Sache auf um 100 handeln.

Wenn auch dort das Herrenhaus beibehalten werden soll,

der Neuordnung. Es kommen noch andere Fragen in Betracht, wenn das ganze Reformwerk zu stände kommen soll. Das Defekt lautet auf Abänderungen der Verfassungsbefunde, beschränkt sich in der Hauptstrophe auf die Reform der Ersten Kammer. Daraus muß wohl der Schluss gezogen werden, daß die Regierung die Beschlüsse des Verfassungsausschusses der Zweiten Kammer auf alljährliche Landtagssitzung, einzjährige Finanzperiode, Abänderung des § 152 der Verfassungsbefunde und auf Einführung eines Ministerpräsidenten ignorieren will. Das wäre aber eine

Mishandlung der Beschlüsse der Zweiten Kammer.

Eine solche liegt auch vor, soweit die Reform der Ersten Kammer in Betracht kommt. Die Regierung konnte ein schlechtes Beispiel gar nicht ausstellen, als daß sie erklärt worden sei, daß die Vorlage selbst hinter den Wünschen der Konservativen zurückbleibt.

Auch andere wichtige Vorberichtigungen sind vollständig ignoriert worden, so die Wahlbarkeit der Vertreter auf nur sechs Jahre, die Berücksichtigung der berufständischen Interessenvertretungen, ein Punkt übrigens, auf dem wie weniger Wert legen, ganz besonders aber die Einschränkung der Befugnisse der Ersten Kammer. Vielleicht sind mühselige gesetzgeberische Arbeiten der Zweiten Kammer durch die Ersten Kammer vernichtet oder verstimmt worden. Dieses Recht muß der Ersten Kammer eingeräumt werden. Durch eine anderweitige Zusammensetzung der Ersten Kammer allein kann nicht verhindert werden, daß die Erste Kammer ein Hindernis für einen Fortschritt bildet. Man hat die Befürchtungen der Ersten Kammer abweichen lassen, indem sie die Einschränkung der Befugnisse der Ersten Kammer als Siphussarbeit bezeichnet; besonders ausdrücklich ist sie bei der jetzigen Regierung gewußt nicht. Man aber selbst gegen eine starke Reaktion zu erreichen ist gelungen die Vorgänge in Preußen. Hätten wir eine Regierung, die sich hinter die Beschlüsse der Zweiten Kammer stellt dann würden wir auch ein gutes Stück vorwärtskommen in bezug auf die Reform der Ersten Kammer. Alle Verhandlungen auf freiheitliche Ausgestaltung finden aber bei der sachlichen Regierung keine Unterstützung. Viel wichtiger als eine Reform der Ersten Kammer wäre freilich ihre Befreiung, jedenfalls kann sie nicht als Hauptziel der Neuordnung angesetzt werden. In erster Linie gelte es vielmehr, daß der Wille des Volkes auch durch eine entsprechende Vertretung in der Zweiten Kammer zum Ausdruck komme. (Beifall u. d. Soz.)

Abg. Dr. Böhme (notl.): versteht nicht den Widerstand der zuerst vertretenen Linien gegen die Errichtung von Arbeiterversettern in der Ersten Kammer. Die Sozialdemokratie sollte das nehm, was sie jetzt erreichen könne, wenn auch nicht alle ihre Wünsche erfüllt seien.

Abg. Dr. Böppl (notl.): vertritt namentlich die Wünsche des Verbands Sachsischer Industrieller.

Nach unveröffentlichter weiterer Debatte wird die Vorlage zur Weiterberatung an die Rechnungsdeputation verweisen.

Schluss 6 Uhr. — Rücksicht Sitzung: Donnerstag, mittags

12 Uhr.

## Reichstag.

144. Sitzung. Mittwoch, den 20. März, nachmittags 3 Uhr.  
Am Bundeskanzler: Südländer, v. Strissberg, Schiffer,  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Befreiung des Gesetzentwurfs betr.

### Verberichtigung des Postbeschleunigergesetzes,

das den Verkehr der Postbehörden mit den Kontoinhabern portofrei macht, ferner die Gebühr bei der Einzahlung dem Einzelnen auferlegt.

Abg. Dr. Südländer (Sos.): Das Gesetz betrüfen wir als einen Fortschritt auf dem Wege des bargeldlosen Verkehrs, wenn wie die Befreiung der Postbehörden, wenn hier die Postbehörden eine Einzahlung bei der Einzahlung dem Einzelnen auferlegt.

Abg. Dr. Südländer (Sos.): Das Gesetz betrüfen wir als einen Fortschritt auf dem Wege des bargeldlosen Verkehrs, wenn wie die Befreiung der Postbehörden, wenn hier die Postbehörden eine Einzahlung bei der Einzahlung dem Einzelnen auferlegt.

Abg. Dr. Südländer (Sos.): Das Gesetz betrüfen wir als einen Fortschritt auf dem Wege des bargeldlosen Verkehrs, wenn wie die Befreiung der Postbehörden, wenn hier die Postbehörden eine Einzahlung bei der Einzahlung dem Einzelnen auferlegt.

Generalmajor v. Wrisberg:

Die Veröffentlichung der den Reichstag zu erläutern:

1. für eine Bundesratverordnung zu sorgen, die ihn ermächtigt, die Geschäftsvölker und andere Unterlagen der Kreisberatung aller für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe zu überwachen;

2. Preisprüfungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine einzurichten;

3. eine Zentralprüfungsstelle der Kriegslieferungen zu schaffen, die die Tätigkeit aller einzelnen Prüfungsstellen zu überwachen hat.

Generalmajor v. Wrisberg:

Die Veröffentlichung der den Reichstag zu erläutern:

1. Angelegenheit ist das Daimler-Angelgebot. Von der Stuttgarter Staatsanwaltschaft ist das Verfahren wegen Betrugs und Kriegswandels eingeleitet.

2. Schreibt die Firma, das die

### Durchsetzung der Betriebs einschränkung

enthalten ist von der Staatsanwaltschaft der Oberrechtsanwaltschaft einerseits worden zur Beurteilung, ob darin verdeckter Landesverrat

ausgeübt wird. Die Beurteilung muß es sich verlegen, über die Strafrechtliche Seite der Angelegenheit zu urteilen, solange das Verfahren schwert. Bezuglich der Erklärung der Firma vom 11. März erklärt die Staatsanwaltschaft: Wenn dort die Drohung mit einer Entstiftung des Betriebes in Wirkung gestellt wird, so wehet sie man sich gegen eine Anklage, die vor nicht erheben werden ist. Der Vorlaut des Gerichts übergebenen Schriftstück läßt</p

Daimler jetzt erhält. Die Ablehnung der Kostentlastungen durch die Preisdienstverwaltung erfolgte aber nicht deshalb, weil die Fabrikate von Daimler im Verhältnis zu anderen Erzeugnissen nicht unter Umständen den höheren Preis weit genug wären, sondern weil die Firma infolge ihres ungeheuren Aufwandes auch bei ihren billigeren Preisen offenbar einen übermäßigen Gewinn zu erzielen vermochte, und weil die

#### Beteiligung der Kostentlastungen

es der Preisdienstverwaltung unmöglich machte, plauschgemäß die tatsächige Angemessenheit des Preises zu beurteilen. — Man hat der Preisdienstverwaltung den Vorwurf gemacht, daß sie nicht frisch genug eingepflichtet hat. Die Preisdienstverwaltung hatte jedoch erst Bevorstellung und Recht zum Einschreiten, als die entscheidenden Verhandlungen der Firma in Frage gestellt waren. Die Preise geben ausreichenden Grund zum Einschreiten nicht, da sie nach der Bevorstellung der Preisdienstverwaltung, somit dies ohne private Unterlage möglich war, nicht zu hoch waren. Ob die Preise tatsächlich zu hoch waren, kann erst die eingestellte Untersuchung ergeben, und die Preisdienstverwaltung bringt deren Beurteilung, deren Ergebnis abzuwarten, bevor hierüber ein Urteil gefällt wird. (Sehr richtig!) Die hohen Gewinne der Gesellschaft können auch aus ihrem sonstigen Verhalten begründet. — Es ist ferner die Frage aufgeworfen worden, warum die Preisdienstverwaltung, um sich Einsicht in die Völker zu verschaffen, nicht von der Verfügung vom 14. Juli 1917 Gebrauch gemacht hat. Die betreffenden Stellen handeln jedoch mit Rücksicht auf die Entwickelungsschritte dieser Verfügung auf dem Standpunkt, daß sie nicht dazu ermächtigt, mit Rücksicht auf künftige Bestellungen, die Völker einer Firma nachzuhören. Wie sich jetzt erzeigt hat, läßt sich indessen auch eine andere Auffassung vertreten. Die Preisdienstverwaltung trägt deshalb auch kein Versehen in künftigen Fällen sich auf diese Verfügung zu stützen. Letztendlich wird über die Möglichkeit der einen oder der anderen Auffassung lediglich der Richter zu entscheiden haben. Auch das Annehmen des § 9b des Belagerungsgesetzes kommt für die Preisdienstverwaltung erst in Frage kommen, als auch dem Verhalten der Firma anzunehmen war, daß das Ergebnis gegen sie im Interesse der öffentlichen Sicherheit lag. Demgemäß idem die Preisdienstverwaltung ein, als die Leistungsfähigkeit der Firma die Anzeige des entlassenen Beamten der Staatsanwaltschaft, leistete das Schreiben der Firma vom 12. Februar zum Nachschau zu und ließ den Betrieb unter militärischer Aufsicht. Die Preisdienstverwaltung hat genau, was im Interesse der öffentlichen Sicherheit nötig war. Sie hat nichts zu verlustigen und will nichts verlustigen. (Provo!) Wie in allen Fällen, so wird auch in diesem Maße geschafft werden und es muss Abschluß geschaffen werden. Man lasse aber den Richter sprechen und gehe ihm nicht vor.

Abg. Grzberger (A.):

Gewiß kommt es vor allem darauf an, den Bedarf der Preisdienstverwaltung zu bedenken. Aber es hat doch vielmehr an den notwendigen Vorarbeiten auf Seiten der Preisdienstverwaltung gefehlt. Es ist doch bekannt geworden, daß Teile der Firma selbst Front gemacht haben gegen die zu hohen Preise, die die Preisdienstverwaltung zahlte, ohne daß sie gefordert worden wären. (Hört, hört!) Das die Daimler-Angelgenheit den Reichstag überhaupt und die Offenheit im so hohen Maße beschäftigt, ist sehr bedauerlich. Nach der eben gehörten Erklärung des Kriegsministeriums steht fest, daß die Firma in Aufräumen irreversiblen Angaben gemacht hat, daß sie sich geweigert hat, die Unterlagen der Kostentlastung vorzulegen; die Firma legt aber allein auf die Streitabhandlung und daß deswegen rücksichtlos gegen die Bevölkerung vorgegangen wird, verlangt das dringendste Interesse des deutschen Volkes. Die Kostentlastung vom 28. März, die die Firma schließlich eingereicht hat,

#### eine direkte Verhöhung des Kriegsministeriums,

und daß diese Kostentlastung auch dem Reichstag von der Bevölkerung angehoben wurde, läßt sich nur so erklären, daß die Gesellschaft meinte, „sieher Patriotengesellschaft kann man alles bieten.“ (Herr Grzberger! Sie sind in dieser Kostentlastung auch der Posten enthalten: „Amortisation 80 Prog. auf Wohl“. (Hört, hört!))

Weiter gibt es, was Preisforderungen anlangt mehr als einen Daimler in Deutschland. (Schei woah!) Ich brauche nur an den Fall Behr-Pinnau zu erinnern. Von ihm das Kriegsministerium nicht von jeder Schulde freigesprochen, der Jahre lang streitet es sich mit einer Firma herum, um schließlich die Kostentlastung nicht zu erhalten.

Rotwendig in eine zentrale Preisprüfungsstelle, die aber nicht dem Kriegsministerium unterstellt ist, sondern der schon bestehenden Preisprüfungsstelle der Wumba. Weiters ist aber notwendig, den Erfolg einer Bundesstaatserordnung, die den Ministerien eine schwächer Kontrolle aller für den Lebensbedarf des Reichs arbeitenden Betriebe ermöglicht. Die Zurückforderung der Wuchsicherung, falls sie solche im Halle-Daimler brauchten, muß als bald in die Wege geleitet werden. (Sehr richtig!) Eine gemischt Schulde hat auch der Reichstag an der Willkürerhaltung zu großes Vertrauen geschenkt. Das Kontrollrecht des Reichstages muß weiter aufgebaut werden. (Provo!)

Generalleutnant v. Gouppete erläutert die Tätigkeit der Wumba.

Generalleutnant v. Gouppete erläutert die Tätigkeit der Wumba.

Abg. Rosse (Soz.): Die zu erwartende Einheitssteuerordnung wird im Laufe als Leg. Daimler bezeichnet werden. In der Tat handelt es sich hier

#### um schamlose Expressum und Auswaschung

und meine Gründe verlangen, daß nicht nur Daimler, sondern alle ähnlich arbeitenden Kapitalisten getroffen werden. Man spricht davon, daß das Volk noch dem Kriege ein Drittel seines Einkommens an Steuern wird zahlen müssen. Über eine dünne Schicht schwimmt in Gold. Milliarden gewinne in nicht zu verantwortender Zahl sind in die Taschen einer dünnen Schicht geflossen. Wir haben eine wahre Orgie kapitalistischer Gewinne erlebt, neben kleinen Dividenden wurden den Aktienkäufern noch besondere Zuwendungen gemacht, daneben wurden Dienstleistungen aufgespart, und kolossale Abschreibungen gemacht. So sind Millionen und Milliarden von Reichsgoldbaren verwendet worden zur Bereicherung weniger einzelner. Es darf nun nicht bei einer schärferen Preispolitik sein Gewinnen haben, sondern die unrechtmäßig gemachten Gewinne müssen für das Reich zurückgenommen werden. Darüber wird noch bei den Steuergeleuten zu reden sein. Ich muß auch darauf hinweisen, daß gerade die Kreise, die diese glänzenden Gewinne gemacht haben, die wütendsten Kriegstreiber der Vaterlandskriete sind. Die großen Kriegsgewinner wollen den Krieg gern weiterführen, der nicht mit ihrem eigenen Blute geführt wird. (Sehr richtig!) Als Patrioten verdienen sie sich, wenn sie Kriegsanteile zeichnen; aber selbst die drohen sie zu verspielen, wenn nicht alles noch ihrem Willen geht. Zur Schande der Daimler-Werke will ich noch im Ausschluß Verhandelten nur noch wenig sagen. Jeder Nachbereitungsvorschlag ist vergleichbar. Das Volk wurde sich sehr in derartigen, wenn die Leiter der Daimler-Werke nicht für das Reichshaus reif erachtet würden, in das doch eine Reihe von Arbeitern für Handlungen gedrängt wurden, die weit geringer zu erzielen sind. Bei den Kriegsbelastungen hat sich überhaupt in weitem Maße Unkenntnis und Mangel an Voraussicht bei der Preisdienstverwaltung gezeigt. Ein schwerer Fehler war, daß man die im Beschaffungsveben erfahrenen Erfahrungen gleich zu Beginn des Krieges ins Feld gebracht, so daß an ihre Stelle weniger erfahrene Herren treten mußten. Das haben sich gerissene Kapitalisten zunutze gemacht. Es wurden von Fabriken ungebührliche Schmiergelder gezahlt, um Lieferungen zu bekommen, persönliche Beziehungen wurden ausgenutzt, wie im Falle Behr-Pinnau, dieses herzlosen Gemüts, der erstmals sich

für 10.000 M. fünfzehntig Vergünstigung zu verschaffen und sich dann mit einmal als Anteilhaber von 44 Millionen Mark Gewinn sah. (Hört, hört!) Auf allen Gebieten ist das Reich betrügt worden. Das Reich zu betrügen, galt ja von jener nach kapitalistischer Moral nicht als unrechtmäßig. Es ist Wucher getrieben z. B. mit Sandfählen, bei Liegenschaftsmitteln zur Teilung Vermögens. Aus Besitzsucht sind in verbrecherischer Weise von einer ganzen Reihe von Unternehmen Geldmotive gefüllt worden, um Rechte zu verbeden. (Hört, hört!) Die Kaufverbindungen, die die Preisdienstverwaltung angewogen hat, stammen aus den Kreisen von Industrie und Handel. Diese Herren konnten natürlich aus ihrer Hout nicht heraus und haben hohe Gewinne der Industrie nur ganz selbstverständlich gehalten. In allen Kreisen lagen Schwerindustrie oder von diesen abhängige, resp. mit ihnen verwandte Herren an den entscheidenden Stellen. Da wäre ein Gegengewicht im Reichsministerium notwendig; man hätte auch Entsprechendes aus den Arbeitervierteln hinzubringen müssen. (Sehr wahr!) Viele Millionen wären dem Reich entzogen worden, wenn man diese Forderung, die ich bereits vor Jahr und Tag erheben habe, erfüllt hätte. Die Preisdienstverwaltung hat ihrer Auswirkung durch die Industrie gegenüber viel zu viel Raum gezeigt. Besonders an die ganz Großen hat sie sich überaus nicht herangewandt. Die summarische Kostentlastung, die sie tag hat vorliegen lassen, bedeutet geradezu eine

#### Verhöhung der Preisdienstverwaltung.

(Sehr wahr!) Viele der zutage getretenen Missstände sind in der kapitalistischen Wirtschaftswelt verankert und werden erst mit ihr verändert. Jeder neue Krieg nach längster Friedenszeit hat noch immer ganz neue Anforderungen gezeigt, weil inzwischen eine Reihe neuer Erfordernisse gemacht worden ist. Das wird auch in Zukunft so sein. Deutlich mag mit Nachdruck auch bei dieser Gelegenheit betont werden, daß die Kriegsverbrauch unmöglich gemacht werden sollen und daß wir dazu einen Frieden der Verständigung brauchen. (Schei woah! b. d. Soz.) Die geringen Kostentlastungen, die dem Kapitalismus im Kriege angelegt werden sind, sollen nach dem Wunsche der Kostentlastung nach Friedenszeit wieder fallen. Vermögensverlusten folgen wir, daß diese Gefahren auch im Frieden notwendig sind, daß der Kapitalismus überhaupt verschwinden muß, doch er mag machen mag, um den Sozialismus, der die dominante Bevölkerung der Völker, den darunter stehenden Völkern bringen wird. (Weiß b. d. Soz.)

Abg. Oetlein (Soz.): Die Beratung des Kriegsministeriums durch Kaufleute ist notwendig. Berdeggan an Bevorstellung grenzt es aber, wenn solche Kaufleute, wie das jetzt vorkommen soll, Beamte der Kriegsministerialen oder Kriegsbeamte schon jetzt mit hohen Gehältern für den Frieden engagieren. (Hört, hört!) Auch die Kommanderatten sollten sich nach den Erfahrungen des Kriegs von Behr-Pinnau größere Zurückhaltung aufstellen. Das gilt nicht von vielen Offizieren. Es ist geradezu widerlich, wie Offiziere vielfach geradezu Haushalter treiben im Interesse sogenannter Wohlfahrtsveranstaltungen. Bei dem im Ausschluß verhandelten Fällen hat die Preisdienstverwaltung eine gewisse Entschuldigung; denn zu Beginn des Krieges war die Anregung der Industrie nötig, und es gab keine Wörter: „Ohne Profit ruht kein Söhnlein“. Auf der einen Seite ist das Geld mit Scheffeln herausgeworfen worden, auf der anderen Seite wird Knapsack getrieben. (Hört, hört!)

Chef des I. Regiments. Scheuf: Früher hat man die Preisdienstverwaltung nur zu ausreichend berücksichtigt, sie möge sich mehr vom Kaufmannschaften trennen, die in ihr Betrieben leiten lassen. Nun haben wir mal den Kaufmannschaften Geist Gingang halten lassen und haben Vertreter des Industrie hinzugezogen, aber nun ist das wieder nicht recht. (Herr Grzberger!) — Die vom Abg. Grzberger angeregte Befürmerung, daß g. v. und a. v. Handwerker in ihrem Wohnort beschäftigt werden, wird schon jetzt durchgeführt, sobald am Ort eine militärische Versetzung möglich ist.

Die Weiterberatung wird verlegt auf Freitag 12 Uhr. (Außerdem dritte Sitzung der Kriegskredite.)

Sagut: 7½ Uhr.

## Stadt-Chronik.

### Zusatzrenten an Hinterbliebene.

Mit Recht wird von den Hinterbliebenen über die geringe Höhe der Hinterbliebenrente geklagt. In den meisten Fällen ist die gewährte Familieneinschränkung bedeutend höher als die Hinterbliebenrente. In Dresden begibt z. B. eine Frau mit drei Kindern, die feinerer Arbeitsverdienst hat, monatlich 101,50 M. und den Wietzuschuß bis zu 35 M. Dieses Gram würde nun, wenn ihr Mann im Kriege gefallen oder an einer Kriegsbeschädigung gelitten ist, 400 M. Kriegsleistungsentente und dreimal 168 M. Waisenrente, in Summa jährlich 904 M. oder monatlich 75,33 M. befonnen. Die Frau beläuft also 26,17 M. monatlich und den Wietzuschuß weniger. Diese Härte kann nun durch eine Zusatzrente ausgeglichen bzw. gemildert werden.

Die Zusatzrenten werden nur an Hinterbliebene von Militärsoldaten der Unterflächen, also an Hinterbliebene von Unteroffizieren und Mannschaften, gezahlt. Anspruch haben nur Witwen und eheliche oder legitimierte Kinder. Eltern oder Großeltern haben keinen Anspruch. Auch Hinterbliebene von Angehörigen des aktiven Heeres haben keinen Anspruch auf die Zusatzrente. Die Zusatzrente wird nach dem Einkommen des Verstorbenen aus der persönlichen Arbeitsleistung berechnet. Einkommen aus Vermögen oder Grundbesitz kommt nicht in Rechnung. Renten aus der Arbeiterversicherung sind nicht dem Einkommen hinzuzurechnen. Wichtigkeit ist im allgemeinen das Einkommen vom 1. August 1913 bis 31. Juli 1914. Bei Personen, die nicht dauernd Arbeit hatten, wird der dreihundertfache Betrag des ortsüblichen Tagelohns als Einkommen zugrunde zu legen sein. Das Einkommen der Hinterbliebenen darf drei Viertel des Einkommens des Verstorbenen nicht übersteigen. Zum Einkommen der Familie ist das Erwerbsinkommen aller im Haushalt befindlichen Kinder, auch das derjenigen, die bereits älter als 18 Jahre sind, zu rechnen. Die Zusatzrente wird versagt, wenn eine Witwe eine gewinnbringende Arbeit aufzunehmen sich meint oder eine solche Arbeit aufsitzt, obwohl die Arbeitsfähigkeit vorhanden ist. Ist eine Ehe erst während des Krieges geschlossen worden, ohne daß ein eigener Haushalt gegründet wurde und ohne daß Kinder vorhanden sind, dann besteht ebenfalls keine Möglichkeit, Zusatzrente zu erhalten.

Die Zusatzrente beträgt ein Zehntel des Arbeitseinkommens des Verstorbenen, darf aber zusammen mit der Verförderung 30 Prozent des Arbeitseinkommens nicht überschreiten. Das Arbeitseinkommen des Verstorbenen muß als Gemeiner mindestens 1500 M., als Unteroffizier oder Sergeant mindestens 1700 M., als Bataillondirektor oder Feldwebel mindestens 2100 M. betragen haben. Wenn das Einkommen des Verstorbenen diese Sätze nicht erreicht hat, dann kann eine Unterstützung gewährt werden, sobald die Bedürftigkeit nachgewiesen ist.

Wenn der Witwe eine Zusatzrente bewilligt wurde, dann kann auch den Kindern eine solche gewährt werden. Sie beträgt für Halbwaisen ein Fünftel, für Vollwaisen ein Drittel der Zusatzrente, die der Witwe bewilligt wurde. Die Zusatzrente beträgt mindestens 10 M. und höchstens 600 M. im Jahre. Falls das Einkommen der Hinterbliebenen 3000 M. erreicht, kommt die Zusatzrente in Wegfall.

Der Antrag auf Bewährung einer Zusatzrente ist bei der Ortspolizeibehörde zu stellen. Nähere Auskunft erteilen die Arbeitervereinigungen.

### Die Ablösung des alten Landsturms.

In den Parlamenten ist schon des öfteren ein Erlass erwähnt worden, den das Kriegsministerium im November des vergangenen Jahres über die Ablösung des Landsturms an der Front erließ. Über den Inhalt dieses Erlasses macht jetzt der Abg. Müller-Meiningen in der gleichen Zeitung näher Angaben.

In dem Erlass wird zunächst festgestellt, daß der Austausch der über 45jährigen Landsturmer, gebürtigen und umweltierten, die schon länger als sechs Monate in vorheriger Einheit Dienste getan haben, „im allgemeinen durchgeführt“ ist. Neu ist aber, daß das Kriegsministerium erachtet, „sowohl die Erfolge es gestattet“, auch auf die nächsthöheren Jahrgänge des Landsturms die Maßregel der Zurückziehung auszuüben. Es stellt dabei aber wiederholt als erste Regel auf, daß die über 45jährigen das erste Recht auf Zurückziehung haben. Dann wird folgende Stufenleiter für die Zurückziehung der jüngeren bestimmt, die vorsichtig nur bis zu den 42jährigen einschließlich ausgedehnt werden soll: In erster Linie sind auch hier wieder die Leute abzulösen, die schon länger als sechs Monate in stämmigen Truppen der nordwestlichen Linie stehen. Neu ist, daß auch in besonderen Fällen die Ablösung der Munitionskolonnen und anderer Truppen erfolgen kann, die dem feindlichen Feuer stark ausgesetzt sind. Im übrigen wird festgesetzt, daß die Reihenfolge des Austausches noch dem Alter zu erfolgen hat, wobei stets befürdernde wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Verhältnisse zu berücksichtigen sind.

Die Reihenfolge soll dann folgende sein:

1. Familienälter mit sechs oder mehr zu begürtigen Kindern oder die Witwe mit vier oder mehr zu begürtigen Kindern;
2. die Familienälter mit vier oder mehr zu begürtigen Kindern oder die Witwe mit zwei oder mehr zu begürtigen Kindern;
3. die Familienälter mit einem oder mehr zu begürtigen Kindern;
4. die Familienälter mit einer zu begürtigen Kind;
5. und 6. die Familienälter oder Witwe, denen ein oder mehrere Söhne gefallen oder eingestellt sind;
7. alle übrigen. Ein zu häufiger Austausch in vorheriger Linie soll vermieden werden. Die abgelösten Mannschaften sollen außerhalb des Heimatbereichs entweder hinter der Front bei Fliegerformationen oder im Heimatheer verbleiben. Am Schlüsse ist erachtet, die K.-v.-Kompanien möglichst bald zum Austausch heranzuziehen. Die Zurückziehung vom Truppenteil soll ohne weiteres von selbst eingesetzt werden. Sie ist abhängig von dem Eintreffen des von den Kommandobehörden angeforderten Erfolges aus der Linie. Den Mannschaften bleibt es unbenommen, bei ihrem Truppenteil um Auskunft zu bitten und in dringenden Fällen bei der nächsten Dienststelle (Kompanie) ihr Gesuch einzulegen.

### Krankenernährung in Dresden.

Die Abteilung für Krankenernährung beim Dresdner Lebensmittelamt erarbeitet Bericht über ihre Tätigkeit in der Zeit vom 1. November 1916 bis 31. Oktober 1917. Im Verlaufe dieses Jahres wurde durch Verordnung des Kriegsministeriums des Innern die Krankenernährung allgemein geregt. Dem beim städtischen Lebensmittelamt tätigen Kriegsleutnant (bestehend aus dem Stadtarzt und sechs ehrenamtlich tätigen Ärzten der Stadt) wurden damit Richtlinien gegeben, welche Kranken mit Nahrungsmittelzulagen bedacht werden können. Gleichzeitig wurden Art und Menge der zu gewöhnenden Nahrungsmittel bestimmt. Die bewilligten Mengen wurden statistisch aufgespalten, so daß es möglich war, ständig zu überwachen, ob die gesamten Krankenzulagen sich in einer Höhe halten, die die Nahrungsmittelversorgung der Allgemeinheit nicht gefährdet.

Die Zahl der eingehenden Nahrungsmittelgefeue beträgt im November 1916 7980 und im Dezember 1916 6843, während in den folgenden Brüderzeiten ein andauerndes Sinken bis auf 3067 zu beobachten war. Gegen den Winter 1917 hin erfolgte dann, wie zu erwarten, ein erneuter Aufstieg. Ungefähr 1/3 bis 1/2 der Bevölkerung ist erkrankt, während der größere Teil auf Wiederholungsgezeuge entfällt. Außer an die Kranken der Stadt täglich gegen 2000 Liter Milch verteilt, erhielt außerdem wöchentlich ungefähr 100 Pfund Butter, 100 Pfund Fleisch und 700 bis 1000 Pfund Getreide und Hülsenfrüchten.

### Kriegs-Dividenden.

Die am Mittwoch abgehaltene Hauptversammlung der Mimofa-Aktiengesellschaft, Dresden, legte die Dividende auf 12 Prozent fest. Ferner wurde beschlossen, daß Kapital um 300 000 M. auf 1 300 000 M. zu erhöhen; auf vier alte soll eine neue Aktie begeboten werden können. Die Aussichten sind günstig, die Umsätze gestiegen. Mit den alten Kunden in Rußland, Rumänien und der Ukraine hofft die Verwaltung wieder anknüpfen zu können; aus Finnland sind bereits verschiedene Bestellungen eingegangen.

Die Hauptversammlung der Unger & Hoffmann AG, Dresden, legte die Dividende auf 12 Prozent fest. Ferner wurde beschlossen, daß die Geschäftsgang teilt die Verwaltung mit, daß die Umlöse im laufenden Jahre wesentlich höher sein als im Vorjahr. Denn seine unvorhergesehenen Umlände eintreten, könne man wieder ein recht günstiges Ergebnis erwarten.

Der Aussichtsrat der Vereinigten Strohstoff-Fabriken, Coswig, schlägt der Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 12 Prozent (i. B. 10 Prozent) vor.

**Die Lage des Gastwirtschaftsvertrags.** Zum Bericht der Dresden-Gastwirte wurde über das verloste Berichtsjahr berichtet. Von einschneidender Bedeutung war für das Gastwirtschaftsvertrags die Verkürzung der Polizeistunde, unter der vor allem die Cafés ohne Musik schwer zu leiden hatten. Der Noblenmangel und die Einschränkung der Beliebung förderten zu teilweise oder gänzlicher Schließung mehrerer Lokale. Da das Bier nur in geringer Menge ausgeteilt wurde, konnten manche Gastwirtschaften den Betrieb nur stundenweise aufrechterhalten. Der Bericht schloß mit dem Befürchtung, daß es baldiger Frieden dem seit Jahren schwer ringenden Gastwirtschaftsvertrags einen neuen Aufschwung bringen möge.

**Zoologischer Garten zu Dresden.** Wie der Vorstand in seinem Rechenschaftsbericht mit Genugtuung feststellt, kommt

in dem nun vollendeten vierten Kriegsjahre die Ausgaben mit den Einnahmen im Gleichgewichte gehalten werden. Der Beifall war in den eigentlichen Sommermonaten sowie des frischen Schönen Wetters recht gut, er war aber den ersten vier Monaten infolge der schlechten Witterung einer noch nicht dauernden Weise zurückgegangen. Die Konsumentenzahl von 332 314 blieb hinter der des Vorjahrs (364 872) um rund 32 000 zurück. Die Verbrauchszeit war recht beträchtlich; als besonders schmerlich sei der Verlust von drei Seelöwen, der Weiß-Unterlöwen und der sonst erwähnt. Nach 12 903 M. (11 890 M.) Abschreibungen bleibt ein Überschuss von 101 M., der auf neue Rechnung getragen wird.

Ein riesiges Lebensmittelzettel. Das größte deutsche Land und gleichzeitig das umfangreichste Lager der C. G. in Fleisch und Butter, das Kühlhaus "Zentrum" in Essa, wurde am Sonntag offiziell übernommen. Dieses verhältnis ist besonders für Fleisch und Butter eingerichtet, den sieben Stockwerken des Gebäudes logern für mehr als 5 Millionen Mark Butter und Fleisch. Der Buttervorrat ist so groß, dass die Leipziger Bevölkerung bei der gegenwärtigen Stationierung auf zehn Jahre aus diesem Lager mit einer Versorgung rechnen kann. Das Kühlhaus "Zentrum" allein zwei Millionen Mark Baukosten erforderte, kann 1000 Rentner Lebensmittel aufnehmen.

Nährmittelverteilung. Von den für die Stadt Dresden eingesetzten Nährmittelkarten werden vom 28. März an bestellt: Abschnitt I der gelben Karte A mit 1 Pfund Kindermehl, Abschnitt I der roten Karte B mit ½ Pfund Brotzucker, Abschnitt I der grünen Karte C mit ¼ Pfund Teigzucker und Abschnitt I der blauen Karte D mit ½ Pfund Teigzucker. Die Anmeldung hat am 21. oder 22. März zu erfolgen.

Beschaffung von Saatgut. Dresdner Landwirte, denen bisher nicht möglich gewesen ist, ihren Bedarf an Saatgut zu pflanzlichen, Buchweizen und Hirse zu decken, mögen den Bedarf bis zum 25. März 1918 beim Rat zu Dresden, Rennstallstraße 5, 2. Obergeschoss, anmelden. Dies wird bewilligt sein, bei der Reichsgesetzestelle die Genehmigung des erforderlichen Saatgutes zu bewirken.

Für den Betrieb der Obstplantage in Hohenschönhausen ist ein zu befürchtender Verhältnis als Saatgut für das große Wasserwerk entsprechender Arbeitsplan aufgestellt. Bei dem Rat in seiner letzten Gesamtversammlung genehmigt. Die erforderlichen Mittel im Betrage von 23 980 M. sind bewilligt.

Die Verleihung der städtischen Ehrenrenten an Kriegsgefechte von 1870/71 war bisher an die Voraussetzung gelegt, dass der Bewerber nicht über 1500 M. Einkommen habe. Der Rat hat diesen Betrag bis auf weiteres auf 1700 M. erhöht.

Ein Tobsüchtiger im Gerichtssaal. Ein gestern vor dem Tode wegen Diebstahls vor dem Schöffengericht stehender Arbeitnehmer aus Röderberg erlitt während der Schlussphase des Verteidigers einen Tobsuchtsanfall. Er rannte unter dem Schreien im Saale hin und her und drohte, gegen den Richter gewalttätig zu werden. Sechs Männer aus dem Kanton überwältigten und hielten den Tobsüchtigen fest, er war wieder beruhigt.

6. Kreis, Bezirk Coschütz-Gittersee, Burgk und Kleinröhrsdorf. Sonnabend den 23. März, abends 8 Uhr, in der Schänke zu Gittersee: Mitgliederversammlung. Schätzungsweise Zugesetzung: Berichte, Reinholzen, Stellungnahme der Bürgermeisterei, Zahlreiche Erhebungen der Genossen. Beschluss erwartet.

Bernische Nachrichten. Zwei jugendliche Kaufmädchen, ein 17jähriger Fleischarbeiter und ein 20jähriger Schuhmacher, wurden ermittelt und festgenommen. Beide waren zunächst im Verein des 18. Polizeibezirks, und zwar der im benachbarten Bischbrücke, vom Oktober 1917 bis in die jüngste Zeit angeklagt. Sie, die in Schrebergärten unterhielten, erbrochen. — Die neuen Erwerbungen der Bücherei erscheinen in der Zeit vom 1. Januar bis 24. Februar aus dem soeben erschienenen Verzeichnis zu erkennen. — Die Kanzlei der Stadt Dresden wird am 8. April, Kriegszeit, wie bei den früheren Kriegsanleihen, 12 Millionen Mark suchen.

#### Aus der Umgebung.

Stetsch. Vorzugskarten auf Brennpunkte für die minderjährige Bevölkerung werden am Freitag den 22. März, vormittags 8 bis 12 Uhr, im Kinosaal Nr. 4 des Gewerbeamtes ausgegeben. Anfänglich finden in erster Linie Haushaltungen, in denen Kinder bis zu einem Jahre und frische Personen vorhanden sind, später werden diesmal die Kontrollnummern: 11, 12, 18, 30, 32, 42, 50, 53, 58, 62, 96, 100, 116, 117, 120, 124, 127, 135, 139, 141, 145, 158, 168, 184, 187, 188, 192, 193, 204, 206, 213, 215, 217, 236, 243, 246, 249, 252, 257, 264, 280, 283, 298, 302, 311, 332, 340, 352, 354, 355, 357, 358, 377, 396, 410, 411, 422, 428, 461, 462, 466, 467, 480, 485, 504, 579, 587, 598, 604, 611, 638, 640, 654, 674, 715, 743 beliebt.

Obergorbitz. Freitag den 22. März nachmittags gelangt in den Kundenraum auf Lebensmittelkarten-Abschnitt 6. Der Kunde erhält die Person ein Pfund zum Preise von 30.

Goschwitz. Mit der Abholzung von Bäumen beginnt sich der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung auf Grund eines Entschlusses, in denen gebeten wird, einer weiteren Verordnung entgegenzutreten. Der Gemeinderat beschloss, dass Stellen und Verhinderungsverein u. a. auf Erhaltung der Anlagen und seiner Baumgruppen zu unterstützen. Die Abholzungen großer Weißbäume betreffen die Nachbargemeinden. Der Gemeinderat hat sich auch an den Landesverein Heimatschutz gewandt, um Unterstützung gebeten.

Deuben. Abschnitt I der neu verordneten Nährmittelkarte ist längstens Donnerstag den 21. März in einer Kleinhandlung abgegeben, welche letztere verpflichtet sind, diese Abschnitte bis spätestens Sonnabend, mittags 12 Uhr, an Postämtern einzurichten.

Deuben. Mit Streichhölzer spielen die Kinder aus Deuben haben am Dienstag abends am Windberg einen versteckt, das Gras und Gestrüpp auf einer höheren Klippe stand fest und einen hellen Feuerstein verbreitete. Schnell eilende Einwohner bekämpften die Ausbreitung des Feuers, was zum Glück auch bald gelungen ist.

Kreischa. (Honigdiele.) In der Nacht zum Freitag in Teich beim Prinzendorfer Kapell zwei der besten Bienenvölker ihres Inhaltes bereut. Es sollen etwa 80 Pfund Honig in gewesen sein. Die Röhrde sind über mehrere Gärten und eine bis an den Teich des Weizkirms Röhre geschafft, nach Entzugs mit Wasser und Schlamm begossen und beschmutzt worden.

Der herbeigeholte Polizeihund fand die Spur auf der Straße nicht weiter verfolgen.

Zerrennung der Jugendlichen im Kino. Der Gemeinderat zu Kreischa erlässt folgende Verordnung: Am Kinotherater sind für Kinder und Fortbildungsschulpflichtige die Plätze nach dem Besuch zu trennen. Auch Kinder und Fortbildungsschüler in Begleitung Erwachsener haben sich dieser Bestimmung zu fügen. Für die Einhaltung dieser Bestimmung ist auch der Theater-Zuhörer haftbar. Zuverhandelnde werden mit Geldstrafe geahndet.

Endebei. Matratzenlade, für jede Person ein Pfund, kann von nächstem Sonnabend an zur Verteilung gelangen. — Die Schwitze II der Kasse-Ersparnisse können belastet werden. — Die Buttermarken F für den Monat März können mit ½ Pfund Schweinschmalz belastet werden.

#### Gerichtszeitung.

##### Geschworenengericht

###### Georgsmarienbad.

Die ehemalige Schön Anna Clara Enke, 28 Jahre alt, und jetzt im Sachsenwerk beschäftigt, soll nach der Anklage in einem Alimentationsprozess zugunsten ihres 14monatigen außerehelichen Kindes ein fiktives Zeugnis mit dem Ende befragt haben. Die betreffende Verhandlung findet am 29. Januar 1917 vor dem Landgericht Dresden statt. Wegen Verjährung der Sittlichkeit wurde die Leidenschaft ausgeschlossen. Die in Abhängigkeit wohnhaften Angeklagten wurde noch dem Wahrspruch der Geschworenen zu neuen Monaten Gefangen versetzt. Es kommen hier die Schutzbestimmungen des § 157 des Straf-G. G. zugute.

###### Schöffengericht.

###### Verleidigung durch eine häusliche Frau.

Die durch mehrere Prozesse vor dem hierigen Schöffengericht bekannte und bestraftte Arbeitsbeschäftigte Helene Neher hat sich in drei Fällen wegen Verleidigung und Verlobung zu verantworten. Bei dem Verfahren des Arbeitsbeschäftigten an den sogenannten Verhandlungstagen im November 1916 und Februar 1917 ist sie zur Gelöse der Justiz freigesprochen. „Wechselt die Sippe nicht wieder, wenn man vorbeikommt“, „die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Verleidigten, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt.

Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts wissen. Sie sei durch die Zeugenauslagen so erregt geworden, doch sie nicht einmal Blak, wenn man vorbeikommt“. Die Bekohl, den Hund schlägt ich noch zum Krappel“, die meinleidigen Hunde werden wohl heute gut schlafen können!“ Die Bekohl, ein damals 18jährige Mädchen, ist von der Neher, als sie bei ihr in Diensten stand, misshandelt worden und hatte in dem einen der Prozesse entsprechend ausgesagt.

Die Bekohligen, resp. Verleideten, haben Strafantrag gestellt. Wegen Straftatheit der Angeklagten ist aber die Verhandlung bis jetzt aufgeschoben worden. Von den zur Anklage stehenden Geschwörern wollte die B. P. in der Verhandlung nichts

